

Die „Vorblätter“ sind ein täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeilage „Kriegs- und Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Abnahme ins Haus monatlich 2.- M. für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druckbezogen für Deutschland, Belgien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete, Polen und Litauen 2.- M., für das übrige Ausland 2.- M.

Die Jahrgangspost-Kontaktschriften über deren Namen keine ... in einschüchtern Interessenten: Nichts Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anzeigen: ... Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 4.50 M. ... Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Sozialistische

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Werk von Frankfurt

Ein Schritt vorwärts

Von Friedrich Adler

Nach viertägiger Arbeit wurde die Konferenz in Frankfurt a. M. Montagabend mit der einstimmigen Annahme der von den beiden Kommissionen ausgearbeiteten Resolutionen geschlossen. Sicher hätte jeder der Anwesenden noch einen oder den anderen Gesichtspunkt in die Resolutionen aufgenommen oder pointierter herausgearbeitet gewünscht, aber die Bedeutung der Beschlüsse liegt weniger in den Einzelheiten, als darin, daß sie das herauskristallisierten, worauf sich schon heute alle an der Konferenz vertretenen Länder und Richtungen einigen können. Und es ist in der Tat ein großer Fortschritt auf dem Wege der Aktionsfähigkeit des internationalen Proletariats errungen worden. Die an Moskau angeschlossenen Parteien sind noch bei der Beratung über ihre Stellungnahme in der Frage der internationalen Einheitsfront des Proletariats, aber jetzt schon hat sich die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse Westeuropas zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden. Die sozialistischen Parteien Frankreichs und Italiens, die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und auch die Gruppe Levi, das gesamte Proletariat Belgiens und Großbritanniens waren vertreten. Sicher wäre es eine Selbsttäuschung, wollte jemand behaupten, es wäre keine erste theoretische und tatsächliche Differenz unter den auf der Konferenz vertretenen Parteien; aber das Wichtige war, daß die volle Loyalität des Willens zur gemeinsamen Arbeit mit aller Deutlichkeit sichtbar wurde.

Neben der Fünfländerkonferenz tagten die Exekutiven der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (I. A. S. P.) und der 2. Internationale; sie hielten auch gemeinsame Besprechungen ab, die den Charakter der Vorbereitungen zur Ermöglichung einer allgemeinen internationalen Konferenz hatten. Sie zeitigten den Erfolg, daß die Exekutive der 2. Internationale bereits erklärte, an einer Konferenz der 3. Exekutive von London, Moskau und Wien teilzunehmen, die die Frage prüfen sollen, ob eine gemeinsame Einberufung der allgemeinen Konferenz möglich ist. In wenigen Tagen wird die Antwort aus Moskau eintreffen und sichtbar werden, ob auch auf dieser Seite der Wunsch besteht, die Voraussetzungen für internationale Aktionen zu schaffen.

Am 27. Februar 1921 wurde die Wiener Internationale Sozialistische Konferenz geschlossen, auf der ein Drittel des Weltproletariats vertreten war und wo die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien gegründet wurde. Genau ein Jahr später, am 27. Februar 1922, schloß die Konferenz in Frankfurt, auf der ein viel größerer Kreis des internationalen Proletariats, vor allem auch die Proletarier Italiens und Belgiens, sowie diesmal das gesamte englische Proletariat vertreten waren. So kann die I. A. S. P. mit der Arbeit, die sie in diesem einen Jahr geleistet hat, voll zufrieden sein. Sie hat in der Erfüllung der Aufgabe, die ihr die Wiener Konferenz gesetzt hat, über alle Erwartungen große Erfolge gezeitigt. Sie hat auf das kräftigste beigetragen zur Zusammenfassung der Kräfte des internationalen Proletariats. Die Frankfurter Konferenz ist ein wichtiger Schritt. Weitere werden folgen. Der I. A. S. P. wird die Erfüllung ihrer Aufgabe gelingen.

Die Fünfländer-Konferenz

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Frankfurt a. M., 28. Februar.

Die Sonntagssitzung wurde durch Kommissionsberatungen ausgefüllt. Am Montag wurde beschlossen, Italien ins Bureau aufzunehmen. Vanderweide (Belgien) berichtet über die Verhandlungen mit der Kommission für die Reparationen. Er wünschte, daß die Resolution, die er vorlegte, baldmöglichst beschlossen würde. Aurion (Frankreich) erklärt sich mit ihr einverstanden; er wünscht aber noch eine Einfügung, wonach die Voraussetzungen für eine weltliche Lösung der Frage nur durch den Sozialismus geschaffen werden können. Vanderweide nahm diesen Vorschlag an. Dittmann (Deutschland) wünschte eine Einfügung, wonach die Zahlungen Deutschlands nicht so weit gehen dürfen, daß dadurch eine Verelendung des deutschen Volkes herbeigeführt werden könne. Außerdem soll die Resolution noch zum Ausdruck bringen, daß bei Kriegesgefahr der Generalstreik einzusetzen hat. Paul Levi (Deutschland) wendet ein, daß die Resolution noch viel Kriegsideologie enthält. Er bemängelte daran, daß sie von der deutschen Kriegsschuld ausgehe, während

man feststellen müsse, daß der Kapitalismus aller Länder an den Kriegen schuld sei. Von diesen Gesichtspunkten aus müßte die Wiedergutmachungsobligation Deutschlands betrachtet und müsse ausgesprochen werden, daß die Wiedergutmachung nur durch allgemeinen Kampf gegen den Kapitalismus verwirklicht werden könnte. Wels (Deutschland) tritt Levi entgegen. Man müsse die besondere Verantwortung Deutschland anerkennen, weil gegen Belgien der Neutralitätsbruch erfolgt und weil die Zerstörung in Frankreich über die militärischen Notwendigkeiten hinausgegangen sei. Er ist mit dem Vorschlag Dittmanns einverstanden. Wels erinnert ferner an eine Resolution der französischen Sozialisten, die jede auf eine Senkung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter unter das Niveau der Arbeiter der anderen Länder hinauslaufenden Maßnahmen bekämpft.

Vanderweide bedauert, daß man nach der Rede Levis das Wort „einmütig“ streichen müsse. Er nimmt den von Dittmann vorgeschlagenen Zusatz an. Paul Levi habe sich gegen die Kriegsideologie gewandt, man dürfe aber nicht in eine entgegengesetzte Ideologie verfallen. Das Reparationsproblem soll einmütig auch von anderen Organisationen und Gewerkschaftsorganisationen gelöst werden. Im selben Sinne müßte sich auch die Konferenz aussprechen. Weiter geht Vanderweide auf das russische Problem ein. Er erklärt, daß weder Wiedergutmachung noch Wiederaufbau möglich seien, ohne daß sich Rußland erholt. Ueber den Plan einer Internationalisierung der Pensionen für Kriegsober hat in der Kommission Einmütigkeit bestanden. Nur die englische Delegation hat einen etwas abweichenden Standpunkt vertreten. Diese Einmütigkeit sei jetzt leicht zustande gekommen, so daß wir mit Vertrauen der Konferenz aller sozialistischen Parteien entgegengehen könnten. Silberstein (Deutschland) wendet sich gegen jede Aenderung der Resolution. Er lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die mit den Sachleistungen betrauten industriellen Syndikate der Kontrolle durch die Regierung und Gewerkschaften zu entziehen.

In der Nachmittagsitzung präzipiert Paul Levi seine am Vormittag vorgelegten Ausführungen und erklärt schließlich, daß er in Anbetracht des Fortschritts, den die Vereinigung der proletarischen Parteien auf der Konferenz darstellt, für die Resolution stimmen werde. Dittmann erklärt, daß die Delegation der U. S. P. grundsätzlich mit den von Paul Levi zuletzt gemachten Ausführungen übereinstimme, aber die Behandlung dieser Gesichtspunkte der allgemeinen Konferenz vorbehalten wissen will. Der Konferenz seien lediglich praktische Vorschläge für die Resolution zu machen. Nach weiterer Debatte wird die Resolution einstimmig angenommen.

Für internationale Abrüstung

Zum Vorschlag der Abrüstungskommission nahm die Frankfurter Tagung folgende Stellung:

Das Prinzip der Gewaltlosigkeit ist durch die Ereignisse verurteilt. Die Politik der notwendigen gegenseitigen Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt und des Inkrustierens des Systems des Wiederaufbaues durch das Zusammenwirken aller, hat die sofortige Aufhebung der militärischen Sanktionen zur Voraussetzung, die seinerzeit anlässlich des Ultimatus von London Deutschland ausgezungen wurde, ebenfalls die Aufhebung der militärischen Okkupation, die nur zu leicht neue Okkupationen herbeiführen kann.

Das Problem der von der Arbeiterklasse aller Länder stets geforderten allgemeinen Abrüstung ist auf einer allgemeinen Konferenz aller sozialistischen Parteien der Welt zu erörtern. Jedoch schon die gegenwärtige Konferenz erklärt als die dringendste Aufgabe, die militärischen Ausgaben und Rüstungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft sofort überall und in wirksamer Weise einzuschränken als Etappe auf dem Wege zur vollständigen Entwaffnung.

Einerseits wird die deutsche Arbeiterklasse ihre Aktionen fortsetzen, zugunsten einer wachsam, durch die Berufsorganisationen der Arbeiterschaft auszuführende Kontrolle der Abrüstungen, sowohl was bewaffnete Kräfte, als Herstellung und Sammlung von Waffenmaterial betrifft, um jede Herstellung von Kriegsmaterial und jede Waffenverheimlichung zu verhindern und die Entwaffnung aufrechtzuerhalten. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich jedem offenen oder versteckten Versuch der Wiederherstellung des Militarismus widersetzen.

Andererseits werden die sozialistischen Arbeiterparteien Englands, Belgiens, Frankreichs und Italiens zur Bekämpfung der Rüstungen zunächst in den Parlamenten ihrer Länder größte Einschränkung fordern und die Arbeiterklasse weiter auffordern, die sozialistischen Parteien in ihrem Kampfe gegen die Rüstungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Die sozialistischen Arbeiterparteien dieser Länder werden ferner die Aufhebung der militärischen Okkupationen verlangen, die der Wiederherstellung eines wirklichen Friedens und eines wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaues der Welt entgegenstehen.

Die Konferenz erklärt sich vollkommen einverstanden mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses der Metallarbeiter, der Bergarbeiter- und Transportarbeiterverbände und der Gewerkschaftsinternationale, die sich bereit erklärt haben, jeden neuen Krieg mit dem Generalstreik zu beantworten.

Die Wertzuwachssteuer

Von Bruno Nash

Im Frühjahr 1921 ist vom preussischen Ministerium des Innern in Verbindung mit dem Finanzministerium der Entwurf einer selbständigen kommunalen Wertzuwachssteuerordnung herausgegeben worden, der im allgemeinen Zustimmung finden konnte, weil er den Gemeinden die längst erstrebte ausreichende Möglichkeit brachte, den bei Grundstücksverkäufen erzielten unverdienten Wertzuwachs stärker steuerlich zu erfassen, als es nach dem Reichsgesetz vom Jahre 1911 durchführbar war. In der Mehrzahl der preussischen Städte ist von dem Entwurf mit geringfügigen, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Veränderungen sofort Gebrauch gemacht und die Einführung selbständiger Wertzuwachssteuerordnungen schleunigst beschlossen worden. Das finanzielle Ergebnis der Besteuerung ist auch im großen und ganzen als befriedigend zu bezeichnen, und es entspricht vor allem auch dem Gerechtigkeitsgefühl weitester Kreise der Bevölkerung, daß ein Teil der großen Summen, die zur Zeit bei Grundstücksverkäufen erzielt werden, der Allgemeinheit zugeführt wird.

Von den Interessenten aber wird seit diesem Zeitpunkt mit großer Energie gegen die Steuer angefaßt und zwar unter dem bestehenden Gesichtspunkt, daß es sich bei der überwiegenden Mehrzahl dieser Verkäufe in Wirklichkeit um keinen Wertzuwachs, sondern um einen Verlust handele, da die Grundstücke zumeist in Goldmark gekauft und bezahlt worden seien, während man heute zwar nominell ein Vielfaches des früheren Markbetrages, jedoch in entwerteter Papiermark erhalte und die Kaufkraft dieser Summen weit unter der des angelegten Kapitals bleibe. Sie verlangen demgemäß Freistellung von der Steuer, die eine ungerechte Benachteiligung der Grundstücksverkäufe darstelle, und stützen sich zumeist auf ein von einem westlichen Bezirksauschuß (also in erster Instanz) ergangenes Urteil, das diesen Standpunkt als gerechtfertigt ansehe und die betreffende Stadtgemeinde entsprechend verurteilt hat. Die Klage geht weiter, da sich die Stadt natürlich nicht mit diesem Urteil einverstanden erklärt hat, und es ist offensichtlich von außerordentlicher Bedeutung, zu welcher grundsätzlichen Entscheidung das Obergerverwaltungsgericht in dieser Frage kommen wird. Die Urteile bedeutender Juristen gehen weit auseinander, aber es ist kein Zweifel, daß es sich hierbei um eine steuerpolitische Frage erster Ordnung handelt, die in der breitesten Öffentlichkeit ausgetrollt werden muß.

Die Unterscheidung zwischen Papiermark und Goldmark bei der Festlegung von Zahlungsverpflichtungen, die auf Reichsmark lauten, findet auf Grund des bestehenden Rechtszustandes nicht statt. Das Sparlastenguthaben, das aus dem Jahre 1912 stammt und in Goldmark einst bei der Kasse hinterlegt wurde, kann im gleichen Nennbetrage in Papiermark zurückgezahlt werden. Die zur Auslösung gelangenden Staats- und Kommunalobligationen sowie Papiere jeder anderen Art werden in der zur Zeit als allgemeines Zahlungsmittel bestimmten Papiermark eingelöst. Hypotheken, selbst, soweit sie ausdrücklich mit der Goldkaufsel eingetragen sind, können ebenfalls — unabhängig von dem tatsächlichen Disagio der Papiermark gegenüber der Goldmark — in dem umlaufenden Gelde bezahlt und müssen vom Gläubiger in Reichswährung angenommen werden. Die gesamte Vermögenssteuer- und Kapitalwachstumssteuergebung des Reiches läßt die Veränderung der Kaufkraft der Mark unberücksichtigt und geht nur von Vergleichszahlen aus, die den früheren und den jetzigen Stand des Vermögens in Reichsmark bezeichnen. Mit welcher Berechtigung soll die Unterscheidung gerade bei der Wertzuwachssteuer Maß greifen?

Ganz abgesehen von der Rechtslage muß aber auch die Prüfung dieser Frage vom sittlichen Standpunkte aus, der von den Betroffenen sehr oft angezogen wird, zu einer Ablehnung des Anspruches führen. Wenn ein Grundstück, das im Jahre 1900 mit zehntausend Mark erworben wurde, jetzt für hunderttausend Mark verkauft wird, so entspricht das Mehr des Verkaufspreises an sich gewiß nicht dem Grade der eingetretenen Geldentwertung. Es wird demnach auch im eigentlichen Sinne — ökonomisch betrachtet — von keinem realisierten absoluten Wertzuwachs zu sprechen sein, aber desto sicherer und nachvollziehbarer von einem sehr beträchtlichen relativen Wertzuwachs. Während der Besitzer der Geldkapitalien, der Staatsbankrott oder Handbriefe — also der sogenannten mündelicheren Anlagen, in denen sehr viele auf Grund gesetzlicher Bestimmungen ihr Vermögen anlegen mußten — den vollen Entwertungsfaktor der Mark ertragen müssen, d. h. zur Zeit bereits mit mehr als 95 v. Hundert ihres Vermögens enteignet sind, konnten diese Besitzer von Grundstücken einem sehr erheblichen Teil der Geldentwertung entgehen, weil ihr Sachbesitz seinen Wertausdruck in wesentlich erhöhten Geldziffern gefunden hat. Es wäre also gerade eine gar nicht schwer genug zu verurteilende Vernachlässigung des Tatbestandes und eine weitere Benachteiligung der breiten Schichten der Geldbesitzer, wenn die Grundstücksinteressenten mit den von ihnen erhobenen Ansprüchen durchdringen würden.

Besonders deutlich wird der Widerspruch einer derartigen Regelung, wenn man berücksichtigt, daß die meisten Grund-

... belastet sind. In einem derartigen Falle hat ein Besitzer, dessen Grundstück in der Vorkriegszeit mit 10 000 Mark bewertet wurde und das vielleicht von einer öffentlichen gemeinnützigen Sparkasse mit 5000 Mark befreit war, bei einem Verkauf zum Preise von 150 000 Mark für seinen Anteil von 5000 Mark volle 145 000 Mark erhalten, denn seinem Hypothekengläubiger darf er ohne Rücksicht auf diese Entwidlung die in Goldmark hergebene Pfandbriefhypothek mit dem gleichen Betrage in Papiermark zurückzahlen. Kann es etwas Aufreizenderes für das Rechtsempfinden des Volkes geben als einen derartigen Zustand und wie muß es wirken, wenn man unter diesen Umständen noch daran denkt, vor der Forderung dieser Leute zu kapitulieren?

Im preussischen Ministerium des Innern aber verschließt man sich, trotzdem es unter der Leitung eines Sozialdemokraten steht, nicht der „Ungechtigkeit“, die in der Erhebung der Wertzuwachssteuer durch die Gemeinden liegt und als Ergebnis dieser „Einficht“ ist ein Rundschreiben an die Aufsichtsbehörden der Gemeinden (Ober- und Regierungspräsidenten) ergangen, der den Standpunkt vertritt, daß bei Verkäufen, in denen es sich um Grundstücke handelt, die vor dem Kriege erworben worden sind, der Geldentwertung Rechnung getragen und möglichst nur ein Teil der zu zahlenden Zuwachssteuer erhoben werden soll. Auch wird es zur Erwägung empfohlen, ob nicht bei nach Kriegsausbruch erworbenem Grundbesitz, der jetzt seinen Eigentümer wechselt, in entsprechendem Umfang eine Berücksichtigung erfolgen kann.

Wie aus den vorhergehenden Ausführungen wohl bereits zur Genüge ersichtlich ist, liegt weder vom Rechts- noch vom „rechtlichen“ Standpunkt aus ein Anlaß vor, die Gemeindefürsorge der Wertzuwachssteuer aus den von den Interessenten vertretenen Gründen abzubauen, es erscheint vielmehr als überaus billig, daß ein erheblicher Teil der „verdienten“ Summen auf diese Weise den tief genug in Finanznot stehenden Gemeinden zufließt. Der Herr Minister des Innern würde sehr gut daran tun, den erwähnten Erlaß sofort zurückzuziehen, denn es liegt wirklich kein Grund vor, den von demselben Ministerium vor kaum einem Jahre herausgegebenen Musterentwurf auf diese Weise wieder umzustößen und den Grundbesitzern einen weiteren steuerlichen Vorteil vor der Gesamtbevölkerung zu verschaffen. Unsere Genossen im preussischen Landtag aber täten gut daran, wenn sie den Minister in dieser Angelegenheit interpellieren und gegenüber der von mächtigen Interessentengruppen offen und geheim betriebenen Politik der Steuerbegünstigung des Besitzes, die in diesem Erlaß wieder einen Erfolg errungen hat, unsere energische Forderung auf ausreichende Besteuerung der Sachwertbesitzer erneut erheben würden.

Keine Erhebung der Zwangsanleihe

Hermes verbündet sich mit der Deutschen Volkspartei

Beim Abschluß des Steuerkompromisses zwischen den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten haben wir sofort darauf hingewiesen, daß die Wirkung der Zwangsanleihe abhängig sei von der Art ihrer Durchführung. Wenn das Finanzministerium die Ausführungen übertragen belasse, so bestünde die große Gefahr, daß die Zwangsanleihe keine Last für die Besitzenden mit sich bringen werde, sondern nur Dekoration bleibe.

Diese Befürchtungen haben sich als vollkommen begründet erwiesen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, daß Hermes mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei verhandelt hat, und daß das Reichsfinanzministerium auf dem Standpunkt steht, es sei gänzlich ausgeschlossen, daß die Zwangsanleihe noch in diesem Jahre zur Erhebung komme. Wohl niemand, der die reaktionäre Natur der Leitung des Finanzministeriums kennt, wird von dieser Mitteilung überrascht sein. Man denkt in diesen Kreisen gar nicht daran, die mit der Zwangsanleihe verbundene bescheidene Last den Besitzenden wirklich aufzuerlegen, und trachtet lediglich danach, das Bündnis mit der Deutschen Volkspartei so eng zu gestalten, daß das auch politisch durchgesetzt werden kann.

Daß das den Forderungen der Rechtssozialisten widerspricht, nimmt man nicht sehr tragisch. Ebenso wie bei dem Steuerkompromiß, so hofft man auch hier auf ihre Nachgiebigkeit und ihren Willen, das Kabinett Wirth selbst unter den schwersten Opfern für die Arbeiterklasse am Leben zu erhalten. Der „Vorwärts“ bemerkt zu den Mitteilungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“:

„Es sei heute nur betont, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, sich diese Tätigkeit des Reichsfinanzministeriums ruhig mit anzusehen. Wir wissen ja nun, woher die „D. A. Z.“ ihre Weisheit hat, wenn sie schreibt: „Es scheint zunächst noch ausgeschlossen, daß in aller nächster Zeit die Zwangsanleihe wirklich zur Erhebung kommen kann.“ Das letzte Wort ist über die Verzögerung und Erhebung der Zwangsanleihe noch nicht gesprochen. Die Sozialdemokratie behält sich unter allen Umständen vor, dabei deutlich mitzubestimmen.“

Die Rolle der Rechtssozialisten bei dem Steuerkompromiß ist geradezu kläglich. Die größte Partei wird behandelt, als wenn sie gar nicht existieren würde. Sie ist nur gut genug, dabei zu helfen, daß die ungeheuren Lasten für die minderbemittelte Bevölkerung unter Dach und Fach kommen. Handelt es sich aber um die Besteuerung des Besitzes, so wird sie ausgeschaltet. Daß das möglich ist, ist nicht zum wenigsten die eigene Schuld der Rechtssozialisten, die bei dem Abschluß des Steuerkompromisses einer Formulierung zugestimmt haben, durch die den bürgerlichen Steuerdrückbergern alle Türen offen bleiben.

Räteditatur am 9. März

Die Hausjuchungen in München haben die rechtsradikalen Kreise in eine peinliche Lage versetzt. Zwar haben sie infolge unjener vorzüglichen Jultiz den Staatsanwalt nicht zu fürchten. Aber die Enthüllungen stören doch recht empfindlich ihre Pläne, und deshalb versuchen sie die öffentliche Aufmerksamkeit von sich abzulenken. Die rechtsstehende Presse sabelt von neuen Putschabsichten der Kommunisten. Der Lohnstreik der Metallarbeiter in München soll nachweislich der „Vorläufer eines großen Generalstreiks“ sein, dessen Beginn von Kadel in der Wohnung Oskar Cohns für den 9. März festgesetzt worden ist. 3000 russische Soldaten betreiben, so heißt es weiter, seit Jahresanfang die Errichtung der Räteditatur in Berlin und in Mitteldeutschland. Das kann ja gut werden!

Das Aufbausyndikat

Die Verhandlungen in London

London, 23. Februar.

Der Bericht des Organisationsausschusses der zentralen internationalen Korporation und der nationalen Korporation über die Ergebnisse der Konferenz, die in der letzten Woche in London stattfand, belagt: Die Konferenz, an der Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans, Deutschlands und Dänemarks sowie nichtoffiziell der Vereinigten Staaten teilnahmen, verpflichtete die Alliierten dazu, Anstrengungen zur Schaffung von nationalen Korporationen in verschiedenen Ländern zu unternehmen. In London soll eine zentrale internationale Korporation errichtet werden. Der Hauptzweck der Korporation wird sein, die Prüfung der Gelegenheiten zu Unternehmungen im Zusammenhang mit dem europäischen Wiederaufbau und die Unterstützung bei der Finanzierung deutscher Unternehmen.

Das Gesamtkapital der nationalen Korporationen wird auf 20 Millionen Pfund Sterling (400 Millionen Goldmark) festgesetzt, von denen 25 Prozent sofort eingefordert werden sollen. Zur Erhebung dieses Kapitals werden, wo dies notwendig ist, Regierungsgarantien verlangt werden. Das Anfangskapital der zentralen internationalen Korporation wird zwei Millionen Pfund betragen und wird in der Weise beschafft werden, daß die nationalen Korporationen etwa 10 Prozent ihres Stammkapitals zeichnen. Es wird vorgeschlagen, daß die zentrale Korporation von den englischen Steuern freibleibt.

Folgende Länder wurden eingeladen, 20 Prozent der Gesamtsumme und 20 Millionen Pfund, die erhoben werden

sollen, zu zeichnen: Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Belgien. Man kam überein, daß die folgenden Länder ebenfalls zur Teilnahme eingeladen werden sollen: die Vereinigten Staaten, Japan, Dänemark, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei.

Die Deutsche Abrüstung

Ein Urteil von Jouhaux

Paris, 23. Februar.

Der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux, der vor einiger Zeit an einer Studienreise durch Deutschland teilgenommen hat, die die Gewerkschaftliche Internationale veranstaltete, um sich über den Stand der Abrüstungen in Deutschland zu unterrichten, hielt gestern abend in der französischen Vereinigung für Völkerverbund einen Vortrag über seine Feststellungen. Sein Urteil ist günstig. In den großen Industriezentren habe sich eine rasche Umgestaltung der Kriegs- in die Friedensfabrikation vollzogen. Es sei wünschenswert, daß die französischen Industriellen diese Fabriken besuchten, um sich über das in diesem Sinne Erzielte zu unterrichten. Französischerseits seien Fehler begangen worden. In Deutschland bestehe ein wahrhaft neuer Geisteszustand. Die alliierte Überwachungskommission wisse noch nicht den erforderlichen Unterschied zwischen Kriegs- und Friedensindustrie zu machen.

Englische Anfragen

London, 27. Februar.

Im Unterhause fragte Sir Frederic Hall, ob in Anbetracht der Tatsache, daß Deutschland die Bestimmungen des Friedensvertrages bezüglich der Zerstörung des Kriegsmaterials und der Einstellung der Fabrikation neuen Materials vorzüglich umgehe, Schritte getan würden, um die alliierte Militärkontrollkommission zu stärken und die Untersuchungsvollmachten dieser Kommissionen durch die Regierung zu erweitern. Ein anderes Parlamentsmitglied fragte, ob die Regierung sich darüber Rechenschaft ablege, daß Deutschland die Bestimmungen über die Abrüstung vorzüglich und systematisch umgehe und ob die Regierung ihre Aufmerksamkeit sofort dieser ersten Bedrohung des Weltfriedens zuwenden werde. Chamberlain erwiderte auf beide Anfragen, indem er erklärte: Es hätten von einzelnen Personen, darunter untergeordneten Beamten, in Deutschland Verstoße stattgefunden. Nach Ansicht der Regierung würde es jedoch nicht zutreffen, so sagen, daß auf Seiten der deutschen Regierung behändig und vorsätzliche Umgehungen stattfänden. Erschöpfende Berichte über den Fortschritt der Abrüstung und über Verstöße gegen die Abrüstung würden regelmäßig von der Internationalen Kontrollkommission des alliierten Komitees in Versailles übermittelt, das solche Angelegenheiten der Vorkonferenz oder dem Obersten Rat zur Kenntnis bringe. Die Befugnisse seien im Friedensvertrag festgelegt und könnten nicht abgeändert werden.

Ein englischer Protest

Gegen die Flucht der U-Bootschiffe

London, 27. Februar.

Im Unterhause fragte Sir John Buxter den Generalstaatsanwalt, ob seine Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt worden sei, daß die U-Boot-Offiziere Oberleutnant Boldt und Leutnant Ditzmar aus dem Gefängnis entwichen seien und ob die britische Regierung irgendwelche Ermittlungen bei der deutschen Regierung über die Umstände dieser Flucht eingezogen habe und ob die Fluchtigen bisher verhaftet worden seien. Der Generalstaatsanwalt antwortete, die britische Regierung habe eine Anfrage und einen nachdrücklichen Protest an die deutsche Regierung gerichtet. Diese habe die Zustimmung gegeben, daß sie jeden möglichen Schritt getan habe, um die Wiedererhaftung der Offiziere zu sichern.

Die heutige Börse

Die Börse war fest, aber relativ still. Bochumer 1320, Louvre 2300, Gelsenkirchener 1268, Phönix 1250, Rheinisch 1470, Luzemburger 1240, Harpener 1800, Oberbayer 1250, Caro 1025, A. E. G. 945, Hansa 485, Hamburg-Süd 690, Hapag 519 1/2, Norddeutscher Lloyd circa 400, Orenstein 1230, Guano 2040, Stettiner Vulkan 1630. Von fremden Devisen waren Holland 8625, London 895 zu 997, Italien 1195, Paris 2062, New York 224, Rumänien 160, Polnische Noten 5,87 1/2, Oesterreichische Noten 3,50.

Der Film am Dienstag

Filmchau

Im Laufe dieser Woche sind zwei „Theaterneubauten“ eröffnet worden. Der „Primuspalast“ in der Potsdamer Straße und die „Alhambra“ am Kurfürstendamm. Beide dienen — was im Zeitalter des Verfalls der Bühnenkunst selbstverständlich ist — dem Film. Die „Alhambra“ will außerdem noch mit einem leichten Varietèprogramm unterhalten. Da ihr Zuschauerraum zu den schönsten und gemütlichsten Sälen Berlins gehört, wäre sie wohl imstande, mit ihren vier volle Stunden füllenden Darbietungen so manchen Besucher die Sorgen des Alltags vergessen zu lassen. Es fragt sich nur, ob sie bei Festsetzung der Eintrittspreise das arbeitende Publikum, also eben jenes, das recht viel Sorgen zu versetzen hätte, berücksichtigen, oder ob sie nur der neuerstandenen „Aristokratie“ zugänglich sein wird.

Die Eröffnungsvorstellung zeigte neben der Oper: „Die schöne Galathee“ von Suppè den Film: „Des Lebens und der Liebe Wellen“. Ob's wohl einen Film gibt, auf den dieser vielversprechende Titel nicht zu übertragen wäre? Die einzelnen Bestandteile der Handlung sind nicht besser als der Titel. Zweifelhafte Lokale, Fallschirme, Spiegel, Verhaltungen, der unentbehrliche Graf, der sich über Standesvorurteile edelmütig hinwegsetzt und ein niederes Mädel heiratet, nach vielen Jahren eines glücklichen Ehelebens aber „Anstoß“ nimmt an der scheinbar dunklen Vergangenheit seiner Gattin und sie davon jagt; dann klären sich die Mißverständnisse auf, und ein rührender Schluss vereint die Entzweiten wieder. Mitten in diesem Stöckchen steht ein Akt, der beweist, daß der Film eindrucksvoller Leistungen fähig ist, falls er sich auf einem ihm gehörenden Gebiet betätigt: die im Stadion vor 40 000 Zuschauern getriebenen Szenen eines Wagenrennens mit all dem aufregenden Drum und Dran! Fern Andra — höchstselbst — lenkt einen Wagen. Und das wenigstens kann sie! Schön ist sie auch, im Leben sogar schöner als auf dem Bild, diesmal ist nämlich im Leben natürlich annuete.

Im „Primuspalast“ gab's „Die Gezeichneten“ nach dem Roman von Sage Mabelung. Verfilmte Romane sind sonst unannehmlich, denn die Wirkungsmöglichkeiten des Films liegen anderswo als im Buch und Löser psychologischer Knoten. Hier ist aber ausnahmsweise ein interessanter Film entstanden. Mitten im Glanz der russischen Juden sind vom Regisseur Dreier erfüllt und auch lebendig gestaltet worden. Und die Erbärmlichkeit des Kreuzes, das seine Mission darin sieht, Pogrome über die „Gezeichneten“ heraufzubeschwören, tritt ebenso deutlich zutage, wie wenn es sich mit gleichem Eifer dazu hergibt, auch die Massenabschlachtung untauglicher Christenmenschen gutzuheißen.

Ein Schund schlimmerer Sorte ist die „Bardame“ von Johannes Gutier (im Rarmorhaus). Ein Rittergutsbesitzer heiratet das einfache Barmädchen, das einen Jugendschritt auf dem Gewissen hat. Und wie das so ist, der Mann kommt drüber nicht hinweg, schließlich kommt er drüber doch hinweg, während

die Zuschauer über die Langeweile nicht hinwegkommen, die von hilflosen, schmaligen Filmproduzenten ausgeht.

Der Lehrfilm, den die „Alhambra“ vorsetzt: „Um Nordkap ins Weiße Meer“ führt in die nördlichsten Teile der Erde und zeigt schaurig schöne Landschaftsbilder aus dem Reich der Ritterschiffahrt. Und weil die Herstellerin dieses Films gerade die Deutlich-Gesellschaft ist, fühlt sich der willige Zuschauer bei der ersten Gelegenheit angefordert, mit einem nassen Auge der Wohltaten des Kaiserreichs zu gedenken. Der Dr. Male und ist nämlich, wie die Deutlich sagt, nach seiner Einbürgerung „aus Privatmitteln des ehemaligen deutschen Kaisers wiederaufgebaut“ worden. Wer sonst als nur ein Kaiser ist so kaiserlicher Handlungen fähig? Leider sagt die Deutlich nicht, woher der Kaiser diese „Privatmittel“ hatte! Auch sagt sie nicht, warum dieser wohlthätige Kaiser seine in jahrhundertlangem Auslaufen des Vaterlandes gesammelten Privatmittel nicht zum Wiederaufbau der von ihm selbst zertrümmerten Stätten hergibt, sondern sie aus dem ohnehin ausgemieteten Vaterland auf geraden und kliesen Wegen wegtransportiert. Dojo Koffler

Filmallerlei

China mit seinen 300 Millionen Einwohnern bekam soeben die erste Filmfabrik.

Eine englische Gesellschaft arbeitet an einer Verfilmung sämtlicher Sherlock Holmes-Romane Conan Doyles.

In Amerika ist jetzt zum erstenmal ein Film ohne Titel entstanden.

Der italienische Film „Der erste Kreuzzug“ (nach Tallo's „Betrüben Jerusalem“) wird demnächst in Deutschland vorgeführt werden. Er ist von Guarzoni, dem Regisseur von „Quo vadis“, inszeniert.

Die Verfilmung der Bibel, an die sich eine amerikanische Fabrik herangewagt hatte, ist bis zum „König Salomo“ gediehen. In Deutschland sind die ersten Teile (Die Schöpfung, Turmbau, Sodom und Gomorra, Joseph, Auszug aus Ägypten) bereits eingetroffen.

Von den neuangekündigten deutschen Filmen haben mehrere es auf die italienische Renaissance abgesehen. Einer nennt sich „Merika“, die Tänzerin des Borgia, Richard Oswald verheißt eine „Lucrezia Borgia“, und Henry Porten bereitet eine „Ronna Lisa“ vor.

In der Verfilmung des „Dihello“ spielt Emil Jannings die Titelrolle, Werner Krauß den Jago.

Carl Meyers neuester Film „Theater“ behandelt eine Eiferjuchgeschichte aus Schauspielerkreisen und spielt während einer Vorstellung des „Dihello“ vor und hinter den Kulissen.

Alfred Schirpauer, dem der eigene Stoff ausgegangen zu sein scheint, bearbeitet für den Film: 1. Reinhold's „Wernleinbeze“, 2. Viktor Hugos „Gisäner von Notre Dame“, 3. Schöffels „Eckehard“ und 4. Goethes „Egmont“.

Sogar Goethe selbst ist der Held eines Films: „Ein Dokument deutscher Kultur“. Die Aufnahmen werden „an den historischen Stätten“ gemacht.

Grimmelshausens „Simplissimus“ liefert den Stoff zum Film „Landstreicher Courage“ von Karl Figdor, dem Verfasser der „Herz in der Welt“.

Außer den „Räbelungen“ inszeniert Fritz Lang für die Decca-Bioskop den Sagenkreis um König Arius. Die einzelnen Filme werden heißen: „Arius und Ginorius“, „Gawan“, „Ranzelot“, „Tristan und Isolde“, „Carnival“, „Lobengrin“.

Die ausländischen Zeitungen spotten über die Begeisterung, zu der sich die Deutschen vom Gänsemarsch der langen Keris (aus dem Film: „Friedericus rex“) hinreihen lassen. Ja, wofür denn sonst sollte sich ein Volk begeistern, das von eben jenem Gänsemarsch diesen herrlichen Zeiten entgegengeführt wurde, wo es beweisen darf, daß man durch Schaden klüger werden kann, als man je gewesen.

Ausstellungen in Berlin und Antwerpen

Von Adolf Schue

Der junge Lesser Urg, vor 30 Jahren, wurde von Publikum und Presse übersehen, weil seine Malerei nicht der allgemeinen Meinung entsprach. Sie war weder rein impressionistisch à la Liebermann, noch ausgesprochen idealistisch à la Ludwig von Hofmann. Sie stand zwischen Abmalerei und Jugendstil. Urg mußte einen harten Kampf gegen die Kritik führen... und er hat in diesem Kampfe gefiegt. Denn heute, da die Sezejjon ihm zum 60. Geburtstag eine Sonderausstellung (Kurfürstendamm 232) widmet, übertrifft sich die Kritik darin, Urg als einen großen Meister zu verberlichen. Als sie ihn überfah, war die Kritik überflüssig im Urteil... Aber ist sie deshalb heute im Recht, wenn sie ihm Hymnen singt? Ich glaube nicht. Urg war und ist ein Dämon — und solche sind häufig interessant — und auch Urgs Werk in dem es nicht an Zeugnissen ehrlichen Künstlers fehlt, ist interessant. Aber selbst vor den besten Studien der frühen Zeit (die sprangen an eine früheste Periode Hoblers erinnert), erkennt man eigentlich doch nur, nach welcher Richtung Urg die Wald, Weg- und Wiesenmalerei seiner Zeit kritisierte... mit Recht kritisierte. Aber über die Einsicht der Korrektor kommt er selten hinaus. Das heißt: wäre nicht die Malerei der Zeit da... so wäre auch Urg nicht! Er ist kein Schöpfer aus eigener Fülle. Das Wertvollste seiner Leistung ist die über dem Durchschnit der Zeit liegende Härte und Festigkeit in einigen der besten Bilder... wo voll als Gegengewicht gegen die impressionistische Verbläulichkeit... Der totgeschwiegene Lesser Urg war ohne Frage besser als die meisten gewöhnlichstmaligen besprochenen Sezejjonmalere. Aber wenn ein „Name“ erst einmal geschaffen ist, garantiert er die Qualität... nach dem Gesetz der Trägheit. Dem entgegenzuwirken, wäre eine der wichtigsten Aufgaben der Kritik... Max Neumann, von früheren Ausstellungen keineswegs in besonders guter Erinnerung, überläßt jetzt der Carl Nicolai (Viktoriastraße 26A) durch eine Kollektion skizzenhafter Landschaften, deren erstklassige Genügnung, deren Verzicht auf blendende Reiche sie durchaus über

